

Eurozone stabilisieren

Der Euro ist der stärkste Ausdruck der europäischen Integration und macht die Europäische Union mit ihrer Wirtschaft zum Global Player. Den Erfolg der Währung bestimmen aber letztlich die Eurostaaten mit der Einhaltung von Schulden- und Stabilitätskriterien. Deshalb müssen die EU-Mitgliedstaaten den Fiskalpakt mit nationalen Schuldenbremsen konsequent umsetzen und entsprechende Reformen unumkehrbar durchführen. Es ist zu prüfen, ob anstelle der Kommission eine andere Instanz die Einhaltung von Schuldenkriterien überwachen könnte. Der Kommission könnte dann ein Zurückweisungsrecht gegenüber nationalen Haushalten obliegen, welche die Schuldenbegrenzungen nicht einhalten. Der Sanktionsmechanismus muss konsequent angewendet werden. Eurostaaten, die zu einer Entschuldung dauerhaft nicht willens oder in der Lage sind, müssen die Eurozone verlassen können, ohne die Europäische Union zu verlassen.

Um die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion weiter zu erhöhen, sind Regeln für Staatsinsolvenzen innerhalb der Eurozone unerlässlich. Die No-Bail-Out-Klausel muss uneingeschränkt Bestand haben. Eine Vergemeinschaftung von Schulden lehnen wir klar ab. Diese würde im Widerspruch zu vereinbarten Grundsätzen der Europäischen Union stehen und vorherige Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten erforderlich machen. Im Bankensektor dürfen Haftung und Verantwortung nicht auseinander fallen. Die Verflechtung zwischen Banken und Staaten sollte weiter reduziert werden, indem die regulatorische Privilegierung von Staatsanleihen abgebaut und somit Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegt werden. Die Anwendung vorhandener Regeln muss in der Wirtschafts- und Währungsunion Vorrang vor weiteren Vertiefungsschritten haben.